

Rechtsextremismus entgegentreten – Demokratie stärken

BESCHLUSS DER LANDESSYNODE VOM 16. MAI 2009

»Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und
Fremdenfeindlichkeit sind mit dem christlichen Glauben
nicht vereinbar.«

Rechtsextremismus entgegentreten – Demokratie stärken

www.migration.ekbo.de

BESCHLUSS DER LANDESSYNODE VOM 16. MAI 2009

Angesichts der bevorstehenden Bundestags- und Landtagswahlen und mit Blick auf die bei den zurückliegenden Wahlen für die NPD, die DVU oder andere rechtsextreme Gruppierungen und Personen abgegebenen Stimmen macht sich die Landessynode den Aufruf der EKD-Synode vom 2. Mai 2009 zu Eigen:

»Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Aus den Kirchen in der DDR ist im Herbst 1989 die Forderung nach freien und geheimen Wahlen auf die Straßen und Plätze getragen worden. Heute haben wir in ganz Deutschland die Möglichkeit, an demokratischen Wahlen teilzunehmen. Diese Errungenschaft sollten wir nicht verkümmern lassen. Die Synode der EKD ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, ihr Stimmrecht zu nutzen.

Eine niedrige Wahlbeteiligung begünstigt den Einzug extremer Parteien in die Parlamente. Unsere Gesellschaft ist angewiesen auf ein breites bürgerschaftliches Engagement. Eine hohe Wahlbeteiligung ist wichtig für den Zusammenhalt der Bürgergesellschaft. Mit dem Gang ins Wahllokal zeigen wir unsere Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Wir bitten unsere Gemeindeglieder wählen zu gehen und mit ihrer Stimme diejenigen Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten zu stärken, die für die Menschenrechte und die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten.

Rechtsextreme Parteien wie insbesondere die NPD sind für Christinnen und Christen nicht wählbar. Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar. Sie widersprechen der biblischen Botschaft von Gott dem Schöpfer aller Menschen, sie stehen im Widerspruch zum Versöhnungshandeln Jesu Christi und missachten die jüdischen Wurzeln unseres Glaubens.

Es bleibt unsere Aufgabe, Demokratie zu stärken und zu gestalten.«

Bestellung/Kontakt

Die Handreichung »Hinsehen, Wahrnehmen, Ansprechen« für Gemeinden zum Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ist zum Selbstkostenpreis bei uns erhältlich.

Beauftragter für Migration und Integration der EKBO

Hanns Thomä
Georgenkirchstraße 69, 10249 Berlin
Tel. 030·2 43 44-533
Fax 030·2 43 44-2579
m.schmidt@ekbo.de

Eine Initiative von

 **EVANGELISCHE KIRCHE**
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Diakonie 

Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz engagiert sich im Rahmen der folgenden Initiativen



Bündnis der Vernunft
gegen Gewalt und
Ausländerfeindlichkeit

